

Wo bleibt der Widerstand? Mit einem unglaublichen Furor sägt Donald Trump in den USA an den Fundamenten der Demokratie – und im Land bleibt es weitgehend ruhig. Die Brachialität des Präsidenten habe die Opposition überrumpelt, konstatiert der USA-Experte Stephan Bierling, der gerade das Buch „Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie“ veröffentlicht hat. Ein Gespräch über eine überforderte Opposition, geschwächte Zivilkräfte und einen Machthaber, der sein Land in ein System verwandeln will, in dem mafiaähnlich Patron und Clan das Sagen haben.

Herr Professor Bierling, US-Präsident Trump ist dabei, die Demokratie in seinem Land per Kettensäge zu zerlegen – und alles bleibt ruhig. Wo ist der politische Widerstand?

Der hängt in den Seilen. Die Demokraten haben nicht damit gerechnet, dass Trump zurückkommt, dann auch noch beide Kammern des Parlaments erobert und schließlich seine Ideen so brachial und rasch umsetzt. Dieses Tempo überfordert sie. Und genau das ist das Spiel von Trump. Er überlastet das Regierungssystem mit einem Trommelfeuer von Initiativen, so dass die Kontrollmechanismen von Checks and Balances, wie sie durch die Demokratische Partei, den Kongress, den Föderalismus, die Verwaltung und die Medien ausgeübt werden sollten, nicht mehr nachkommen. Die Demokraten schaffen es auch nicht mehr, Gegenpositionen zu formulieren.

Sind die oppositionellen Demokraten damit einfach zu schwach, oder stellen sie sich strategisch tot?

Im Moment befinden sie sich im Nirwana. Trump hat sie zweimal geschlagen, das geht ans Mark der Partei. Jetzt müssen sie sich inhaltlich und personell neu aufstellen. Das ist eine Herkulesaufgabe. Denn die Partei besteht aus vier großen Flügeln: den Sozialisten um Bernie Sanders, den Gewerkschaftlern aus den Industriestaaten, den woken Intellektuellen an den Unis und schließlich den Technokraten aus der High-Tech-Industrie. Verglichen mit Deutschland hieße das, eine Partei zu schmieden von den Grünen über SPD bis zu FDP und CDU/CSU und darauf zu hoffen, dass sich alle auf ein Programm einigen können.

Hat es Trump da leichter mit den Republikanern?

Ja. Er hat seine Partei zu einer Sekte umgewandelt. Die New York Times nannte das „The Church of Trump“, die Kirche Trumps. Da gilt alles, was er anordnet.

Das bedeutet, die Krise der heutigen Opposition fing nicht mit der Wahlniederlage an ...

Nein, sie reicht bis zur zweiten Obama-Wahl 2012 zurück. Seither verlieren die Demokraten immer stärker ihre alte Kernklientel: Arbeiter, kleine Ladenbesitzer, schlechter Gebildete. Durch den extremen Wandel in Technologie, Digitalisierung, Religion und durch die Migration sehen diese ihre Lebenschancen schwinden. Das bezieht sich nicht nur auf die materielle Grundlage. Sie fühlen sich insgesamt zurückgelassen. Das haben die Demokraten nicht kapiert. Trump hat das mit seinem animalischen Instinkt für Stimmungen verstanden.

Zeichnet sich bei den Demokraten schon eine personelle Neuausrichtung ab?

Noch ist es zu früh, dass eine Person aus der Deckung kommt. Zu bedenken ist aber: Biden war 2020 ein Kompromisskandidat und keinem der vier Flügel eindeutig zuzuordnen. Dadurch konnte er integrativ sein. Die Demokraten brauchen jetzt eine Person der Mitte. Diese findet sich am ehesten in den Swing States Wisconsin, Michigan und Pennsylvania. In letzterem ist Josh Shapiro Gouverneur, in Michigan Gretchen Whitmer. Sie können Brücken schlagen über die eigene Partei hinaus. In Amerika hängt vieles von der kleinen Gruppe der Wechselwähler ab. Diese sind schnell enttäuscht von herrschenden Verhältnissen – und ändern dann ihre Präferenz. Das zeigen die Regierungswechsel bei den letzten drei Wahlen. Es spricht einiges dafür, dass sich die Demokraten etwas zurücklehnen und abwarten können, welches Chaos Trump anrichtet. Darin ist er ja auch spitze.

Trump regiert mit Dekreten. Hebelt das die Möglichkeiten der Opposition aus?

Trump versucht das. Tatsächlich ist die



Mit Dekreten versucht US-Präsident Donald Trump Tatendrang vorzutäuschen.

Foto: Mandel Ngan/afp

„Eine Präsidentschaft der Rache“

Stephan Bierling Donald Trump ist zurück – besser vorbereitet und böartiger. Und er hat eine Mission: die USA umzuwandeln in ein System, in dem der Boss bestimmt. Ein Gespräch mit dem USA-Experten über fehlenden Widerstand der Opposition und das, was die USA trotzdem liebenswert macht. *Von Elisabeth Zoll*



FOTO: PRIVAT

„In manchen Bereichen kann man Fake News lange aufrechterhalten. Nicht so in der Wirtschaft.“

Zahl der Exekutivanordnungen so hoch wie nie. Mittlerweile sind es deutlich mehr als 100. Diese Anordnungen sind eigentlich gedacht als Verwaltungsanweisungen. Wenn sie gegen Gesetze verstoßen oder zu weitreichend sind, können Richter sie untersagen, was auch geschieht. Doch Trump kann so Aktivität vorgaukeln. Wie bei den Abschiebungen von ein paar Hundert illegalen Immigranten. Dabei versprach er, alle Illegalen abzuschicken. Das beträfe elf Millionen Menschen und wird nie passieren, weil es viel zu teuer und aufwendig ist. Viel an Trump ist Show. Er inszeniert Politik als Dauer-Dschungelcamp. Als langjähriger Moderator einer Reality-TV-Serie versteht Trump, wie sensationsgierig und sprunghaft die Öffentlichkeit ist. Deshalb jagt bei ihm ein Spektakel das nächste. Die Umsetzung ist ihm nicht so wichtig. Diese Strategie ist aber nur ein Pfeiler seines Versuchs, das Land in eine autoritäre Richtung zu lenken.

Der andere?

Das Aushebeln der Verwaltung. Durch das Festhalten an Regeln und Gesetzen hat diese ihn während seiner ersten Amtszeit immer wieder ausgebremst. Deshalb will er jetzt wie ein Mafia-Pate anordnen – und beruft sich dabei fälschlicherweise auf die Verfassung, die ihm als Präsidenten Allmacht gebe. Das ist ein Pfeiler seines Versuchs, das Land in eine autoritäre Richtung zu lenken.

Gibt es überhaupt noch Checks and Balances?

Das größte Gegengewicht zum Präsidenten sollte der Kongress sein und sich nach der Verfassung der Exekutive als Kollektiv-Organ entgegenstellen. Das Problem ist, dass die parteipolitische Polarisierung diesen Auftrag aushebelt. Beide Kammern kontrollieren die Republikaner, und für die gilt 100-prozentige Lo-

yalität zu Trump. Ein wenig Opposition kommt noch aus dem Senat durch das sogenannte Filibuster. Für viele Entscheidungen sind in dieser 100-köpfigen Kammer 60 Stimmen nötig. Mit ihren 47 Stimmen haben die Demokraten eine Verhinderungsmöglichkeit. Und dann gibt es als Gegengewicht noch den Föderalismus. Wer in Kalifornien oder in New York lebt, merkt nicht so viel von der Trump-Politik. Diese Staaten werden demokratisch regiert. Und schließlich könnte noch die Realität Trump ausbremsen.

Was meinen Sie damit?

Trump ist gerade dabei, mit dem von ihm verursachten Chaos den Wohlstand der Amerikaner zu ruinieren. Negative Ausschläge gibt es bereits auf dem Aktienmarkt und beim Konsumentenvertrauen. Auch die Inflation dürfte durch die Strafzölle steigen. Das werden die Wähler im Geldbeutel spüren. In manchen Bereichen kann man Fake News lange aufrechterhalten. Nicht so in der Wirtschaft.

Aus der ersten Trump-Periode kennen wir Bilder mit Massenprotesten gegen die Politik des Präsidenten. Heute ist davon fast nicht zu sehen. Wie erklärt sich das?

Da zeigen sich Erschöpfung und Konsternation. Und dann werden Protestbewegungen stark von jungen Menschen getragen. Bei denen hat Trump aber im Vergleich zu 2016 und 2020 dazugewonnen. Hinzu kommt, dass einige Themen Trumps – Kampf gegen die illegale Migration, Rückzug von Verpflichtungen in Europa, hohe Zölle für andere Staaten – in den USA populär sind, weit über die Republikaner hinaus. Dagegen gibt es keinen breiten Widerstand.

Machen auch Drohungen gefügig, wie der Entzug von Fördergeldern für Universitäten?

Oh ja. Doch gibt es Grenzen. Viele private Bildungseinrichtungen sind über diese Schiene kaum zu beeinflussen. Da-

bei würde Trump gerne in die Universitäten hineinregieren. Man darf nicht übersehen, dass viele Unis nach dem Mordzug der Hamas gegen Israel am 7. Oktober 2023 ein erbärmliches Bild abgaben. Präsidenten von Spitzenunis konnten sich nicht durchringen, die Forderung nach der Auslöschung Israels auf dem Campus zu verurteilen. Das spielt dem Israel-Unterstützer Trump in die Hände. Mit seinen Drohungen kann er sich gegenüber den Evangelikalen, die hinter Israel stehen, als Macher profilieren. Darauf kommt es ihm an – und auf Vergeltung. Wenn man die Trump-Präsidentschaft auf einen Nenner bringen will, so ist sie eine Präsidentschaft der Rache. Trump wendet sich gegen alle, von denen er sich betrogen, ausgenutzt, nicht wertgeschätzt fühlt, gerade die Intellektuellen an den Unis.

„Trump inszeniert Politik als Dauer-Dschungelcamp.“

Evangelikale stützen Trump. Andere, wie katholische Bischöfe in Texas, protestieren offen gegen die Migrationspolitik der US-Regierung auf. Formiert sich da Widerstand?
Nein. Fundamentalistische Protestanten sind Trumps wichtigste Wählerschicht. Auch bei den Katholiken hat er 2024 mit der Abtreibungsfrage eine Mehrheit gewonnen. Einen breiten Widerstand aus den Kirchen heraus wird es nicht geben.

Herr Bierling, Sie befassen sich schon lange mit den USA. Finden Sie heute noch etwas vor, was Sie schätzen gelernt haben?

Ich habe fünf Jahre in den USA gelebt und auch in ländlichen Gebieten wie Nordtexas gelehrt. Da habe ich Evangelikale kennengelernt. Das sind herzengute Menschen. Wenn mir jemals etwas zustoßen sollte, ein Unfall oder ein Raub, dann bitte dort. Diese Leute würden sich um mich kümmern. Das bleibt liebenswert. Auch viele meiner Freunde sind völlig entsetzt vom Trump-Kurs und kämpfen dagegen. Aber ich sehe die sich enorm verschärfende Spaltung des Landes. Das ist auch Thema meines neuen Buches. Demokraten leben meist in großen Städten, Republikaner auf dem Land. Demokraten haben Uni-Abschlüsse, Republikaner sind Arbeiter. Und die Gruppen bleiben unter sich. In Massendemokratien haben bisher Zeitung, Radio und Fernsehen die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Lagern hergestellt. Doch inzwischen katapultieren uns die sozialen Medien immer stärker in unterschiedliche Erfahrungswelten. Sie senken die Hemmschwelle für Radikalisierung. Dadurch wird es immer schwieriger, das Gespräch mit Andersdenkenden aufrechtzuerhalten. Für eine Demokratie ist das eine Katastrophe.

Glauben Sie, dass die Demokratie in den USA eine zweite Amtszeit Trumps übersteht?

Ich weiß es nicht. Im Vergleich zu Trumps erster Präsidentschaft bin ich heute viel skeptischer. Trump ist besser vorbereitet. Er ist skrupelloser, radikaler und böartiger. Er will seine Ideen mit allen Mitteln durchsetzen. Wenn ihn etwas bremsen kann, dann ist das die Kraft des Faktischen, also das Scheitern seiner wirren wirtschaftlichen und außenpolitischen Ideen an der Realität. Trump wird das Land in den nächsten vier Jahren nicht in eine Diktatur umwandeln können. Aber er wird das System sturmreif schießen und einen patrimonialen Staat formen. In diesem gibt es noch demokratische Institutionen, doch alles Wichtige ist vom Patron Trump und dessen Clan abhängig. In diese Richtung marschiert das Land – und eine Mehrheit der Bürger scheint bereit, das zu akzeptieren.

Nicht nur die Elite im Blick

Stephan Bierling (63) ist Professor für Internationale Politik an der Universität Regensburg und USA-Experte. Immer wieder lehrte er in Oberammergau Geborene in den USA. Nicht nur an Elite-Universitäten an der Küste, sondern auch in ländlichen Regionen im Landesinneren. Dort hat er Menschen kennengelernt, auf die zu Unrecht herabgeschaut werden: Arbeiter, Angestellte. Menschen, die oft unter schwierigen Bedingungen ihr Leben meistern. Von Bierling jüngst erschienen ist das Buch „Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie“. C.H.Beck.